

Gemeinsame Beratungen der Mittelmächte?

Wien, 17. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es ist anzunehmen, daß nach dem Entziffern der Autowortnote Wilsons an die Monarchie und die Türkei gemeinsame Beratungen der Vertreter der Österreichisch-ungarischen Monarchie sowie Deutschlands und der Mittelstaaten stattfinden werden. In diesen Konferenzen soll es sich um die Festlegung der gemeinsamen Stellungnahme zu den Vorschlägen der Entente handeln.

Vestragung der Kriegsschuldigen!

Haag, 17. Oktober. Aus London wird gemeldet: Der führende amerikanische Vorkämpfer in Berlin, General, veröffentlicht eine Erklärung, worin er sagt: Die Bevölkerung des westlichen Amerika ist und war für einen Frieden, der mehr als ein dekretierter Friede ist. Sie wünscht eine persönliche Verantwortung der Personen, die für den Krieg und seine Schrecken verantwortlich sind. Nichts weniger will sie beschreiben. Sie stellen sich nach ihrer Meinung zu gut für den Mann, der die Schrecken der Hölle entkesselt hat.

Neue Bedingungen.

Genf, 17. Oktober. In den Bedingungen des Waffenstillstandes, die den Deutschen aufgegeben worden sollen, sagt Serde in der „Revue“ eine neue Forderung. Serde fordert nämlich, in Rußland und den ehemals russischen Gebieten könnte alles brüderlich gehen, wenn die deutschen Truppen, das einzige Element der Ordnung, wie er sagt, abziehen könnten. Daher müsse eine Bedingung der Waffenruhe sein, daß diese Truppen überall durch Grenzdansstruppen ersetzt werden. So sollen z. B. die Engländer in Flandern, die Amerikaner in Polen, die Franzosen die Ukraine besetzen.

(Unsere Feinde besitzen erschienen eine Namenswerte Wirtlichkeit im Erfassen und Anstellen von „Garnisonsverbrechen“.)

General Maurice über das deutsche Angebot.

Bern, 17. Oktober. General Maurice äußert sich in den „Daily News“ in auffallendem Gegensatz zu der öffentlichen Meinung Englands recht günstig über die Bereitwilligkeit Deutschlands, Belgien und Frankreich zu räumen. Er sieht darin den Beweis dafür, daß es Deutschland mit seinem jehinen Friedensricht nicht darum zu tun sei, Kassen zu legen. Auch die Worte Dr. Soffs erweisen nach General Maurice den unvorhersehbaren Ernst der deutschen Friedensbedingungen. Den Vorschlag der deutschen Regierung, die Bedingungen des Waffenstillstandes von einer gemischten Kommission festsetzen zu lassen, hält General Maurice im Einklang mit den hergebrachten Gepflogenheiten. Nur müsse eine solche Kommission vornehmlich aus militärischen und weniger politischen Gelehrten sein. Mit dieser günstigen Aufnahme der deutschen Vorschläge steht General Maurice in der englischen Presse ganz allein.

Ein großer Schritt.

Warschau, 17. Oktober. Der „Kurier“ schreibt, man sei in der Schweiz darüber einig, daß Prinz Max als Reichskanzler in Betrachtung kommen könne. Die „Walter Nationalzeitung“ behauptet, sie bereits mit der Machtergreifung und nach dem ersten Vorschlag, von dem sie selbst meint, daß er im ersten Augenblick grotest erschien, aber die einzig mögliche Lösung sei: Reichskanzler Fürst Lidnowski.

Amerikanische Kriegsrüstungen.

Selvington, 17. Oktober. Reuter meldet aus Washington: Im amerikanischen Abgeordnetenhause wurde ein weiterer Kredit von 6 Milliarden Franken für Seeerzwecke gebilligt. Bis zum nächsten Jahre sollen im ganzen 5 Millionen Amerikaner in Europa sein.

Die Zerwürf der eigenen Städte.

Berlin, 17. Oktober. In der Hauptstadt Stadt Thiel werden durch außerordentlich heftige Bombenwürfe ganze Straßenzüge niedergebregt und beträchtliche Verluste unter der Zivilbevölkerung verursacht. In einem einzigen Hause wurden zehn Belagerer unter den Trümmern begraben. Die Stadt Raon, in der die Deutschen die Einwohner aus Stadt und Umgebung vertrieben hatten, wurde von den Deutschen verlassen, ohne irgend welche Festsetzungen vorzunehmen. Die Besatzung der Stadt ist das ausschließliche Eigentum der französischen Artillerie. Auch während des Rückzuges wurde Raon von den Deutschen gesichert. Nicht eine einzige deutsche Granate fiel in die Stadt.

Eine Million Engländer gefallen.

Haag, 17. Oktober. Hollands „Nieuws Buro“ meldet aus London: Bis zu diesem Augenblick sind fast eine Million Briten an dem Schicksal gefallen.

Die Neuordnung im Osten.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Ich habe von maßgebender Seite zuverlässig, daß unsere Regierung die ganzen Schwierigkeiten so lange in der Schwebe lassen will, bis sich die Möglichkeit zu Weltkriegsverhandlungen ergeben haben. Die deutsche Regierung will alles vermeiden, um den Weltkriegsabschluss zu verhindern, und da sie bereit ist, die Friedensbedingungen zu unterbreiten, ist es begründlich, wenn sie weitere Maßnahmen unterläßt, um sich nicht auf Dinge festzulassen, die sie schließlich nicht überwinden und durchsetzen kann. Auch unter Verhältnissen zu der Sowjetrepublik ist unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Bekanntlich hat es in der letzten Zeit einige Spannungen zwischen Deutschland und der Sowjetrepublik gegeben. Es ist noch nicht behoben, aber beide Teile sehen ein, daß sich jetzt darüber nicht reden läßt.

Hilfsruhr der Tschechoslowaken.

Bern, 18. Oktober. (Privatteil.) Der Schweizer Pressegraph meldet aus Paris: Das Mitglied des tschechoslowakischen Nationalrates, Wiza richtete an die Mitglieder in Moskau eine Note, in der er erklärte, Wege der Tschechoslowaken im Wolgarebiet sei ganz versonnen, wenn ihnen die Mitglieder nicht sofort zu Hilfe kämen.

Der österreichische Bundesstaat.

Das Manifest Kaiser Karls.

Wien, 17. Oktober. Eine Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein höchst interessantes Manifest, wonach Österreich, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaat werden soll, in dem jeder Volkstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat wird hierdurch in seiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihren Gebieten erhält eine Sonderstellung. Die Integrität der Länder der ungarischen Krone soll in keiner Weise berührt werden. Die Völker sollen an dem großen Werke durch Nationalräte mitwirken, die gebildet aus den Reichstagsabgeordneten jeder Nation, die Interessierten der Völker zueinander, sowie im Verkehr mit der Regierung zur Geltung bringen.

Gleichzeitig richtete der Kaiser einen Auftrag an Armeen und Flotte.

Die kaiserliche Rundgebung, die am 17. Oktober in Wien veröffentlicht wurde, ordnet in endgültiger Weise die Bildung von Nationalstaaten in Österreich an und der uralte Streit zwischen den beiden Grundgedanken Konzentration oder Föderalismus ist damit im Sinne der letzten Alternativen gelöst. Vorkünftig hat man die Bildung von vier Nationalstaaten in Aussicht genommen, und zwar eines deutsch-österreichischen, eines tschechoslowakischen, eines italienischen und eines ungarischen Staates. Der deutsch-österreichische Staat dürfte aus den alten österreichischen Provinzen Ober- und Nieder-Österreich, Steiermark, Salzburg, Nord- und Mittel-Tirol, Kärnten und den deutschen Teilen Böhmens bestehen. Der tschechische Staat soll sich aus Böhmen und Teilen Mährens zusammenschließen, während die deutschen Teile Mährens, besonders das nördliche und südliche Mähren, ferner Westschlesien und Teile von Oberschlesien zum deutsch-österreichischen Staate gehören werden dürften. Der italienische Staat, dessen Name wohl eine Reminiscenz an das von Napoleon gegründete Königreich Italien ist, soll die lombardischen Teile der Steiermark, Aachen, das Riesenttal mit Anselmo und Triest und Zanimaten umfassen. Aus Ungarn soll der ungarische Staat gebildet werden. Noch unentschieden ist das Schicksal Südtirols; Triest soll, wie man hört, eine reichsunmittelbare Stadt werden.

Auch der Dualismus, das ist die Zusammenfassung der Donaumonarchie aus zwei großen, politisch und wirtschaftlich selbständigen Gebieten, die durch Real-Union, durch enge Verknüpfung gemeinsamer Interessen und wichtiger Verwaltungszweige verbunden sind, ist endgültig aufgehoben. Österreich und Ungarn sollen künftig nur einen gemeinsamen Staat bilden. Die Interessen und der wirtschaftlichen Interessen völlig vereinbar getrennt sein. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß in jeder der neuen Gebiete der Staat durch die Vereinigung des gemeinsamen Herrschers zwischen Österreich und Ungarn wichtige und dauernde Einrichtungen zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen geschaffen werden. In territorialer Beziehung wird Ungarn vielleicht durch die Autonomie erweitert werden, doch rechnet man derzeitigen Wien gegenüber mit einem starken Widerstande der bulgarischen Ukraine. Unentschieden ist noch, ob Serbien und Slavonien, die angeblich Ungarn gehören, aus dem ungarischen Staatsverbande auscheiden und etwa mit Bosnien und der Herzegovina zu einem neuen Staatsgebilde, das sich den eben erwähnten vier Staaten anschließen würde, vereinigt werden soll. Die politische Gestaltung der neuen Gebiete, nicht zuletzt auch Teile von Oberschlesien, werden nach zweifelhafte Wiener Meldungen gänzlich aus dem Reichthande der habsburgischen Krone auscheiden und dem neuen Königreiche Polen zufallen.

So haben wir dann an Stelle des alten zentralistisch regierten Österreichs verschiedene, vollkommen selbständige Staatswesen vor uns, die sich, wie in der kaiserlichen Rundgebung ausgeführt wird, zu einer dauerhaften Verbindung zusammenschließen sollen, in dem Sinne, daß, wenn auch des Schweregewicht durchaus auf die einzelnen Staaten und deren Organe fällt, dennoch ein geordnetes Zusammenwirken stattfinden und die Verbindung auch völlerrechtlich wie ein gemeinsames Staatswesen betrachtet wird. Das ist also staatsrechtlich kein Einheitsstaat mehr, sondern ein Staatenbund. Der nächste Gehalt dieses der bejahrten Reiches wird die weitere Entwicklung ergeben. Es wird kaum möglich sein, den Föderalismus in Österreich von heute auf morgen vollkommen zu beseitigen, und vielleicht gelingt es dem Heide Habsburg, unter dessen Zepher die Vereinigung all dieser verschiedenenartigen Staatsgebilde stattfindet, die alte Einheit zwischen diesen jetzt nur noch durch das ledere Band der Personal-Union verbundenen Gliedern bis zu einem gewissen Grade aufrecht zu halten. Es ist eine derartige Wahrscheinlichkeit für die Dauer allerdings nicht. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Auflösung einmal begonnen hat, die zentrifugalen Tendenzen stärker als die zentrifugalen zu sein pflegen.

Die Regierung denkt sich, wie der Ministerpräsident den Parteien bekannt gegeben hat, die Konstituierung eines sektoralen Verammlungen etwa in der Weise, daß zunächst die Vertreter der einzelnen Völker sich im österreichischen Abgeordnetenhause als Komitee konstituieren. Diese Komitee oder Nationalräte hätten die Bildung der Nationalstaaten vorzubereiten und die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Staaten festzustellen. Bis zur endgültigen Konstituierung der einzelnen Staaten würde

Die Neugestaltung Polens.

Wien, 17. Oktober. Die polnischen Blätter melden aus Warschau, daß bisher noch keine Einigung hinsichtlich der Neugestaltung Polens erzielt wurde. Nur in der Forderung nach der Einberufung eines Nationalrates, bestehend aus einem Vertreter von Kongresspolen, Galizien und Polen, stimmten sämtliche Parteien überein. Selbstverständlich ist, daß Pilsudski als Kommandant der polnischen Armee in Aussicht genommen ist. Die Regierung wird nunmehr eine durch die Instandsetzung des ausgebeuteten Staatsapparates notwendige große Staatsanleihe aufnehmen.

Wien, 16. Oktober. Prinz Radziwili brückte polnischen Journalisten gegenüber die bestimmte Erwartung aus, daß in der nächsten Zeit die Übernahme der inneren Verwaltung und des Staatswesens an die polnischen Behörden erfolgen werde. Auch die Armeeangelegenheiten sind gänzlich gelöst. Der Berliner Vertreter des polnischen Staatsdepartements, Graf Komitet, konzentrierte mit Dr. Soff und sollte nach Warschau mit

die österreichische Regierung die Geschäfte weiter führen. In ant unternommen Schritte sind übrigens allgemein angenommen. Die kaiserliche Rundgebung nach zu voreriger Ausführung mit der Washingtoner Regierung erfolgt ist.

Die Namen der Bundesstaaten.

Die vorgelegenen vier Staaten sollen nach der letzten Reduktion des kaiserlichen Manifestes die Namen Kaiserium Österreich, Königreich Böhmen, Königreich Galizien (das ruthenische Gebiete) und Königreich Slavonien (die tschechischen Länder) heißen.

Der deutsche Volksrat für Böhmen verlangt Anschluß an Deutschland.

Wien, 17. Okt. Gestern fand in Lobositz eine Sitzung des deutschen Volksrates für Böhmen statt. Der deutsche Volksrat erklärte, er erwarte den sofortigen Zusammentritt der Nationalversammlung und sehe als dessen erste Aufgabe an die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes Deutsch-Böhmens durch den Anschluß an Deutschland. Der deutsche Volksrat betonte ferner, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um eine gewaltsame Einverleibung Deutsch-Böhmens in den zu bildenden tschechischen Staat gegebenenfalls gewaltsam zu verhindern.

Wilson und Österreich.

Haag, 17. Oktober. Die „Times“ meldet aus Washington: Es gilt als wahrscheinlich, daß die amerikanische Note an Österreich-Ungarn sich durch einen gemäßigten Ton auszeichnet, jedoch Punkte enthalten wird, die sich auf das staatspolitische und bundesgenossenschaftliche Verhältnis Österreichs zu Deutschland beziehen.

Oesterreich und die Ukraine.

Von maßgebender Seite erfahren wir: Schon seit geraumer Zeit hat sich eine Differenz zwischen der Ukraine und Österreich herausgebildet. Jetzt erhält man auch darüber die Erklärung, weshalb der Frieden mit der Ukraine immer noch nicht von der Wiener Regierung ratifiziert worden ist: Die Vorbedingungen, die von Graf Czernin und Graf Burian, so wie in einem Geheimvertrage der Ukraine gemacht wurden, sind von Österreich nicht erfüllt worden. Man wird das unvollständige Befragen, als die Ukraine lediglich auf Betreiben Czernins gebildet wurde und zwar, weil Österreich seine ganze Zukunft auf die Einfluß aus der Ukraine aufbaute. Die Ukraine mag teilweise enttäuscht haben, aber wir wissen alle, daß Österreich doch besser vorgegriffen wurde, als Deutschland und sogar zu ungenügen Deutschlands bevorzugt wurde. Jetzt drohen der Wiener Regierung Entschlüssen, die den öffentlichen Grund des ukrainischen Friedens offenbaren sollen. Es wird auch für uns möglich sein, etwas über den Egoismus Österreichs zu hören, das immer nur an sich gedacht hat. In Wahrheit haben wir kein Recht, Österreich daraus Vorwürfe zu machen, sondern der schlappen und unwürdigen Verteilung unserer deutschen Völkchen.

Zumultigkeiten im ungarischen Abgeordnetenhause.

Budapest, 16. Oktober. Bei Beginn der Sitzung ergriß der Ministerpräsident das Wort. Von Seiten der Karolyi-Partei ertönten Zuschnitte: „Es lebe das selbständige unabhängige Ungarn!“ Man muß Frieden schließen. Der Ministerpräsident ermahnte die Abgeordneten in dieser ersten Lage alles zu bedenken und auf die Zusammenfassung aller Kräfte hinzuwirken.

Hieran hielt Graf Michael Karolyi eine Rede, in welcher er die sofortige Festlegung von Friedensverhandlungen ohne Rücksicht auf die bisherige politische Interessengemeinschaft forderte. Bei den Friedensverhandlungen müsse Ungarn durch einen eigenen mit entsprechendem Wirkungsbereich ausgestatteten Delegation vertreten sein. Unter heftigen Ausfällen gegen die Partei Tiska forderte er, daß die Urheber des Krieges strengstens zur Verantwortung gezogen werden. Bei diesen Worten ertönte der Zuschnitte: „Weghale Entente-Agenten!“ Marini Lovassili, Mitglied der Karolyi-Partei: „Wir erklären, daß wir Entente-treue sind!“ Bei diesen Worten erhob sich ein großer Tumult, zornige Zuschnitte gegen Lovassili wurden laut. Nachdem der Präsident dergleichen verfußt hatte, die Ordnung wieder herzustellen, unterbrach er die Sitzung.

Der Vordank auf Tizza, das Werk eines Pazifisten.

Budapest, 16. Oktober. Die Verber des Abkommens gegen den Grafen Tizza gab bei seinem politischen Verber an, daß er das Abkommen gegen den Grafen Tizza werden wollte, weil er in ihm ein Hindernis für den Frieden und den Urheber der Verlängerung des Krieges erblickte. Im Verlauf des Verberes fügte er hinzu, daß er beabsichtige, gegen den Staatssekretär v. Sinko während dessen Budapestener Aufenthaltes ein Abkommen zu verberen. Doch sei dieser vor der Ausführung des Verberes abgereift.

Wardüberfälle auf deutsche Soldaten in Polen.

Warschau, 17. Oktober. In den letzten Tagen wurden in verschiedenen Orten des Generalgouvernements Gewalttätigkeiten verberet, denen bisher ein deutscher Gendarm und zwei Soldaten, welche einzeln rüddings überfallen wurden, zum Opfer fielen. Gegenmaßregeln sind sofort getroffen.

Geheerren der Entente in Rumänien und Bulgarien.

Genf, 17. Oktober. „Gazette de Larousse“ meldet in einem Sondertelegramm aus Paris: Unter Führung der Entente-mächte sind zwischen Rumänien und Bulgarien Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Dobrußafrage angeknüpft worden. Die Bulgaren haben den Rumänen das Recht zuekannt, einen unmittelbaren Ausgung zum Meer zu haben. Eine Unterhandlung zwischen den

Wegen Besondere nach einer näheren Entscheidung...

Die bulgarische Botschaft verlangt Aufklärungen. Wien, 17. Oktober. Die bulgarische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die bulgarische Botschaft...

Wien, 16. Oktober. Im auswärtigen Ausschuss der ungarischen Delegation...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Das Wägengejangerrecht. Am Samstag, den 18. Oktober...

Das Spielplan des holländischen Staatstheaters...

Das Karolische am Landesbetag. Wien, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Die Aushebung der Grippe. Leipzig, 18. Oktober...

Wettervorausage. Samstag, 17. Oktober. Weich, milde, zeitweise noch Regen.

Letzte Depeschen

Wien, 16. Oktober. Im auswärtigen Ausschuss der ungarischen Delegation...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Wien, 17. Oktober. Die griechische Botschaft...

Vertical text on the left margin.

Vertical text on the right margin.

Amliche Anzeigen

Bekanntmachung.
 Betrifft: Verpfelegung Schmelzer Käse und Käse.
 Am Dienstag, den 22. d. M., Mittags 10 Uhr, werden bei dem Kreis-Viehändler August Quack in Merseburg 48 Ektol tragende Schmelzer Käse und Käse beider Qualität meistbietend versteigert. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sich unter den Tieren vorzügliches an Kalbpaarungen geeignetes Vieh befindet.
 Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.
 Merseburg, 18. Oktober 1918.
 Der Königliche Landrat.
 J. B. von Grone
 Nr. 730 R23.

Der Plan über die Herstellung einer oberirdischen Telegrafenlinie an der Gemeindegrenze von der Straße Frankeleben - Mühlhüt nach Mühlhüt liegt von heute ab 4 Wochen bei dem Postamt in Frankeleben aus.
 Halle (Saale), 14. Okt. 1918.
Königliche Eisenbahndirektion.

Junger Fuchberger Rattenfänger
 zu kaufen gesucht:
W. Naundorf,
 Obere Breitenstraße 4, Tel. 406.

Teppich
 buntes und passende Diandecke, sowie
Fenster-Gardinen
 oder Stores, für Wohnzimmer gesucht, ferner 2 Staud Betten und Fußbettedecke.
 Woschke, Halle,
 Mannischestraße 12.

Schlachte-Pferde
 kauft
 zu höchsten Preisen,
 bei Notbeschädigungen sofort zur Stelle.

Wilhelm Naundorf
 Mühlen.
 Zum Einkauf der Prov. Mehlwerke ausgelassen.
 Telefon Mühlen 219.
 Anzumelden bei
W. Naundorf,
 Merseburg, Oberbreitenstr. 4.
 Telefon 406.

Pferde
 zum Schlachten
 kauft
Felix Möbius
 — Metzgerei, —
 Tietor Keller Nr. 1,
 Fernsprecher 588.

Ziegenzucht-Berein
 Merseburg u. Umgegend.
 Es können an unsere Mitglieber

Futterrüben
 in größeren Mengen abgegeben werden.
 Anmeldung des Bedarfs unter Entschuldig des Betrages bei Friedrich, Hallestr. 71 (Baden) bis zum Sonnabend, den 19. d. Mts.

Sie noch rüchmündigen Defaziten sind sofort bei dem Geschäftsführer Müller, Hallestraße 79, einzuliefern.
 Merseburg, den 17. Okt. 1918.
Der Vorstand.

Statt jeder besonderen Meldung.
 Heute entschlief sanft unsere geliebte bis zuletzt treu forgende Mutter und Großmutter
 die verwitwete Frau Musikdirektor
Marie Schumann
 geb. Mohr

im 80. Jahre ihres reichgeegneten Lebens.
 Merseburg, Dompropstei 6, den 18. Oktober 1918.
 Anna Schmidt, geb. Schumann
 Clara Schumann
 Schwester Marie Schumann, Neukölln
 Thekla Schumann
 Leutnant Gottfried Schmidt.

Die Beerdigung findet am Montag, den 21. d. Mts., nachmittags um 3 Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofes aus statt.
 Wir bitten herzlich, von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.

Gott der Herr erlöste heute nachmittag unsere liebe, herzengute Tochter und Schwester
Minni v. Haas
 von ihrem schweren in Geduld ertragenen Leiden im 24. Lebensjahre.
 In tiefstem Schmerz
 im Namen aller Hinterbliebenen
Wilhelm v. Haas
 Königlicher Hegemeister.
 Fasanerie bei Merseburg, den 17. Oktober 1918.
 Beerdigung findet Montag, den 21. d. Mts., 4 Uhr nachm. von der Leichenhalle des Neumarktsfriedhofes aus statt.
 Von Beileidsbesuchern bitten wir abzuweichen.

Kammer-Lichtspiele!!
 Kleine Ritterstr. 3 Fernruf 529 Kleine Ritterstr. 3
Heute Freitag bis Montag ein gewaltiges Programm!
 „Das verräterische Kreuz!“ „Der Schmuck des Rajahs!“
 Gesellschafts-Drama in 4 Akten. Ein ergreifendes Drama aus dem Leben in 4 Akten.
 Hans Niesendorf und Toska am Ende in den Hauptrollen. Mit Maria Wildt und Nils Christensen.
 „Lene auf der Hamstertour!“ Kostliches Lustspiel in 3 Akten mit Lene Voss und Lier Lei.
 Ausserdem noch ein vorzügliches Beiprogramm!
 Anfang des grossen Programmes wegen pünktlich 7 Uhr.

Grüzwurftverkauf.
 Sonnabend, den 19. Oktober 1918, von 4-7 Uhr.
 Verkaufsstelle Rudolph, Clobigkenerstr. Nr. 6 Nr. 1-700
 „Schwarz, Dammstr. Nr. 6“ 5501-5620
 „Schubert, Burgstr. Nr. 16“ 4001-4700
 „Stoche, Neumarkt Nr. 33“ 8201-9100
 „12001-12700“
 auf Nr. 18 und 14 der Grüzwurftkarte.
 Verkaufspreis: 1/2 Pfund = 50 Pfennig.
 Merseburg, den 18. Oktober 1918.
 V. M. L. 1247/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
 findet am 19. Oktober 1918
 bei Hoffmann, Brühl Nr. 8
 nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 3201-3300
 3-4 3301-3400
 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
 Merseburg, den 18. Oktober 1918.
 V. M. L. 1246/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Erhöhung des Einkommens
 durch Versicherung von Leibrente bei der
Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.
 — Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer: —
 beim Eintrittsalter (Jahre): 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75
 jährlich % der Einlage: 7,28 | 8,24 | 9,02 | 11,00 | 13,10 | 15,12;
 bei längerem Aufschub der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze.
 Für Frauen gelten besondere Tarife.
Vermögenswerte Ende 1917: 123 Millionen Mark.
 Tarife und nähere Auskunft durch: **Dr. phil. Rudolf Schubert** i. Fa. Gebr. Schwarz Nachf., in Merseburg, hl. Ritterstr. 10.

Kriegssteuer-Gelege 1918
 Preis 1 Mark
 zu haben in der
 Geschäftsstelle des
 Merseburger Tageblattes.

Wegen Erkrankung meines
 Mädchens
Mushilfe
 für sofort gesucht.
Frau Martha Schladitz,
 Kleine Ritterstraße 11.

Umzugshalber
 Kücheneinrichtung ff. Emaille-
 einrichtung für Mk. 395.—, Schlafzimm-
 er mit guten Spiral- u. Auflegematt-
 für Mk. 1350.—, Speise- und
 Herrenzimmer u. div. and Möbel
 zu Wohnzimmer passend billig
 gegen bar zu verk. Leipzig,
 Sophienstr. 36 part., **Crosse**.
 Nur persönliche Besichtigung erb.

Für die vielen Beweise inniger Teil-
 nahme beim Heimgange ihrer lieben
 Entschlafenen danken herzlichst
 Merseburg, den 18. Okt. 1918.
Fabrikdirektor R. Weber
 und Frau Clara, geb. Krüger.

**Ein großer Transport erstklassige
 belgische Arbeitspferde**
 darunter prima Zuchstuten
 ist bei mir eingetroffen
H. B. Krenmer,
 Inh: Aug. Quack
 Merseburg.

Halle a. S. **Thalia-Säle** Halle a. S.
 Dienstag, den 29. Oktober 1918, abends 7 1/2 Uhr:
KONZERT
 für die Haleschen Lazarette.
Maria Oppermann, Hildesheim
 (Gesang).
Prof. Julius Klengel, Leipzig
 (Cello).
 Am Blüthenflügel: **Paul Klanert.**
 Viertergruppen von Schubert, Brahms (Häuerlied)er.
Paul Klanert, Strauß — Gelbstompositionen von
 Wagner und Mozart.
 Eintrittskarten zu 4, 3, 2, 1 Mark bei **H. Mothan,**
 Halle, Grosse Ulrichstrasse.

**Berein zur Förderung
 der Jugendpflege.**
Feier des Geburtstages der Kaiserin
fünftlicher Mädchenvereine
 Sonntag, den 20. Oktober 1918,
 abends 7 Uhr (nicht erst 8 Uhr),
 in der städtischen Turnhalle, Wilhelmstraße.
 Gedichtvorträge.
 Festansprache des Herrn Prof. Withorn.
 Musikstücke der Sörlachkapelle aus Halle.
 Gesänge.
 Bühnenspieler:
Der Biarrer von Leuthen
 von Ernst Albert.
 Vortragsfolgen, die zum Eintritt berechtigen, 50 Pf.
 bei Herrn Kaufmann Carl Wendel, Goltzhardtstraße.

Karl Tänzer
 Adolf Schäfers Nachf.

Spezialgeschäft
 für
Herren-Wäsche
Trikotagen, Shlipse.
Wäsche-Anfertigung
 in eigenen Arbeitsstuben.
Merseburg
 Entenplan 7 Fernsprecher 259 Entenplan 7

Verantwortliche Redaktion, Volllit.: J. Zaepfer, Dertl. und prov. Tell: D. Köhling, Sport und Anzeigen: R. Döbner. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt F. W. G., sämtlich in Merseburg.



Bekanntnisse und Gelöbnisse zur Nationalen Verteidigung.

Niemand kann den furchtbaren Ernst unserer Lage ver-
kennen. Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die Exi-
stenz des Reiches auf des Meisters Schmelde steht, daß die Zukunft
des deutschen Volkes aufs äußerste gefährdet ist. Jeder muß
wissen, wie wir leben, und muß danach sein Verhalten einrichten.
Wir haben, wenn uns der von Wilson anfangs in Aussicht
gestellte ehrenvolle Friede verweigert wird, nur die Wahl,
entweder die Bedingungen der Feinde anzunehmen, d. h. alles,
wozu Notdurft und Habgier sie treibt, über uns ergehen zu
lassen, oder mit erneuter und verstärkter Kraft den Kampf auf-
zunehmen und bis zum Ende durchzuführen, mag das Ende sein,
wie es wolle. Von Stunde zu Stunde wächst die Erkenntnis,
daß es ein Drittes für uns nicht mehr gibt, und es liegen bereits
eine Reihe von Bekanntheiten der nationalen Verteidigung vor.

Der Vorstand des Bundes der Industriellen ist in
folgendem, einstimmig gefaßten Beschluß vor die Öffentlichkeit
zeit gegeben:

Der Bund der Industriellen stellt sich in dieser ersten
Zeit hinter die neugebildete Regierung und bittet sie um ihr
unternommenen Friedensschritte. Sollten die zur Erlangung
eines ehrenvollen Friedens zu führenden weiteren Verhand-
lungen nicht zu dem angestrebten Erfolge führen, ist der Ver-
band der Industriellen bereit, gemeinsam mit der Volkser-
treuung und allen Kreisen und Ständen des deutschen Volkes
an der Organisation der nationalen Verteidigung mitzuwirken.
Der Bund der Industriellen stellt seine gesamte
Organisation und die Arbeitskräfte seiner Mitgliedsber
zur Verfügung, wenn es gilt, das deutsche Volk zum letzten
entschiedenen Widerstand aufzurufen.

Der Verein der Kruppischen Beamten sandte
an den Reichstagskanzler folgendes Telegramm:

Die neue Willkommnote läßt klar erkennen, daß die Feinde
keinen Friedensfrieden, sondern einen Gewaltfrieden
wollen. Schon bei unseren bisherigen Friedens-
angeboten ist leider weder die deutsche Ehre noch die nötige
innere gesicherte Entwicklung Deutschlands genügend berück-
sichtigt worden. Weitere Verhandlungen werden nur
dann dienen, unsere Stellung noch mehr zu verschlechtern.
Nad dem unsere bis zur Selbstentäußerung gehenden
Friedensangebote von Wilson abgelehnt sind, erwarten wir
von Eurer Hoheit unverzüglich alle Maßnahmen zur Organi-
sation der nationalen Verteidigung. Die weissen
Kriegs des Industriehesitates, dessen ganze Entschlossenheit
Spitze steht, vertreten wir mit unserem Besonderen. Worte
sind in den letzten Wochen genau gemacht worden, nicht
wieder Taten sprechen. Das Volk wartet auf den Ruf
den Ruf von Berlin, möge er bald kommen!

Der Gesamtverband des Reichsstadtebundes, G. V.,
welcher zur Zeit 930 mittlere und kleine deutsche Städte umfaßt,
hat an den Reichstagskanzler eine Rundgebung geschickt, in der es
heißt:

„Stille jetzt der Kampf auf Leben und Tod be-
gonnen werden, dann soll die Welt erfahren, daß deutsche

ner, die in vierjährigen Ringen mit übermächtigen Feinden
Ehre auf Ehre errufen haben, im letzten bitteren Kampfe zu
liegen oder zu sterben wissen.

In einem Aufsatze der Freirevolutionen heißt es:
„Die Verteidigung Deutschlands ist das
Kriegsziel der Feinde. Alles Fremdenbegehren legen wir
aus und folgen entschlossen den Führern, die uns zur mili-
tären Verteidigung des Vaterlandes aufrufen
werden. An unsere Parteigenossen und an das ganze deutsche
Volk geht unser Ruf: Gib, wenn die Stunde es fordert, dein
Lebtes für Deutschlands Ehre und Freiheit und Unverletzlichkeit!“

Die nationale Verteidigung ist im Werden. Das sie leistet,
was sie leisten kann, das hat jeder Deutsche selbst in der Front.
Ungeheuren Mutes, unerschütterten Vertrauens wird, wenn es
sein muß, das deutsche Volk die schweren Pflichten und Opfer der
nationalen Verteidigung auf sich nehmen.

**Politische Rundschau
Deutsches Reich**

Eine Rundgebung des Kaisers.

Danzig, 17. Oktober. Der Kaiser hat auf ein Subjuga-
tionsgramm der in Joppat todten ersten ostdeutschen Rönkerung
dem Generalinspektendenten Dr. Reinhard-Danzig folgende
Antwort gegeben lassen:

„Der treue Gruß der 132 ohnmächtigen Märter hat mir
besonders wohlgetan. Nehmen Sie herzlichen Dank dafür.
Das ange Band, das Arme und Volk in Preußen ver-
schlingt, kommt aus den schwersten Tagen unserer atpreu-
gischen Geschichte, und gerade diese schweren Tage sind durch
das vertrauensvolle Zusammenwirken weiter
der Ausgangspunkt ungeheurer künftigen Fortschrittes und
ungeahnter nationaler Kraft gewesen. Mein Vertrauen, daß
dieses Band sich auch unter veränderten Verhält-
nissen bewähren werde, ist eines der festen Fundamente, auf
denen mein Glaube an eine starke und sichere Zukunft des
Vaterlandes beruht. Der ewiggedächtniswürdige
in erster Zeit neue Aufgaben, die ich mit warmen Wünschen be-
glette. Der Verammlung meinen künftigen Gruß. Wilhelm.“

**Demobilisierung und Entlassung der Arbeiter
aus dem Heeresverbande.**

Berlin, 17. Oktober. Im Zusammenhang mit den gegen-
wärtigen Einwirkungen der politischen und militärischen Fragen
gemann die Frage der Demobilisierung und Entlassung
der Arbeiter aus dem Heeresverbande erhobtes Inter-
esse und besondere Bedeutung. Nach dem schon ausgearbei-
teten Plane lag dem Reichswirtschaftsamt die Aufgabe ob, zu
entscheiden, in welcher Reihenfolge bei Friedensschluß
die Arbeiter, um die es sich hier in erster Linie handelt, ent-
lassen seien. In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung, die

die Entscheidung dieser Frage für die Zukunft des deutschen
Wirtschaftslebens hat, glaubt das Reichswirtschaftsamt, die Ver-
antwortung für die Entscheidung dieser Frage nicht allein tragen
zu können.

Am vergangenen Freitag traten deshalb, wie die „Nord-
Allg. Ztg.“ erzählt, die Vertreter der für diese Fragen besonders
im Betracht kommenden Hauptsektors mit den Mitgliedern der
bundesstaatlichen Regierungen zusammen. Das Ergebnis der
Besprechungen war die Bildung einer besonderen gemischten
Kommission. Ihr gehören einmal Vertreter der haupt-
sächlichsten Reichsbehörden, darunter auch des Reichskommissariates
für Wohnungswesen, ferner Vertreter der bundesstaat-
lichen Regierung, und zwar der preussischen Ministerien und be-
vollmächtigten Vertreter zum Bundesrat für Handel und Verkehr.
Wichtigste Mitglieder sind: Anwalt von Arbeitgebern aus der
Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft, von Angestellte-
ten und Arbeitnehmern an.

Wie wir weiter erfahren, bildete diese große Kommission
einen Ausschuss, aus 10 bis 12 Personen bestehenden keinen
Arbeitsausschuss, der seine Sitzungen heute beginnen wird. Es
ist vorgesehen, über die Ergebnisse der Beratungen fortlaufend
die Öffentlichkeit zu unterrichten.

**Grübler als Kommissar für die Fragen des Kriegs-
zustandes.**

Berlin, 17. Oktober. Nach Paragraph 3 der Verordnung
vom 15. Oktober 1918 zur Ausführung des Gesetzes über den
Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 trifft der Obermili-
tärbehördenrat alle seine Anordnungen und Entschei-
dungen im Einverständnis mit dem Reichstagskanzler
aber mit dem von ihm bestellten Vertreter. Auf Grund dieser
Vorrichtung hat der Reichstagskanzler Staatssekretär Grüber zu
seinem Vertreter für diesen Geschäftsbereich bestellt.

General v. Francois verabschiedet.

Berlin, 17. Oktober. Das Abschiedsgesuch des Generals
v. Francois ist vom Kaiser genehmigt worden. Der verdiente
General ist unter Befehlaffung a la suite des Königin Elisabeth-
Kriegs-Gewandens Nr. 3 unter Verleihung des Großkreuzes des
Roten Adler-Ordens mit Schwerd und Schwerd und mit der
gleichlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

Sächsische Wahlrechtsreform.

Leipzig, 17. Oktober. Die Vorarbeiten für die sächsische
Wahlrechtsreform haben im Ministerium des Innern begonnen.

Der „Vorwärts“ gegen eine „Regierung Haase-Dehnbaur“.

In einigen sächsischen Groß-Verdäns, so schreibt der „Vor-
wärts“, machen manche Leute von einer Regierung
Haase-Dehnbaur als von einem kommenden Ereignis.
Haase-Dehnbaur ist für sie unmaßlich die deutsche Heberhebung
von Trost-Verlin. Die Regierung Haase-Dehnbaur soll die
Diktator des Proletariats verkörpern, die auf die Herrschaft der
Arbeiterschaft gegründet sein soll. Reunten die Phantasie das
sächsische Volk, so werden unerschrocken auch sie nicht glauben.

Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Reuborn, hatte mit Vorleserinnen des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihe
Er waren mit dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach, dem Zentrum die Abgeordneten Grüber und Trimborn, von den Sozialdemokraten
Friedrich die Abgeordneten Ebert und Scheibemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Belparr und Dietrich,
von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Wiewer und Hübner, von den Nationalliberalen die Abgeordneten
Stressemann und Litz, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Drumberg erschienen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen
sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und
Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits-
und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die
deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksvermögen
bezeichnet. Unser Volksvermögen steht in der Hauptsache noch un-
angefasst da.
Das deutsche Volk sein Einkommen bietet eine Gewähr dafür, daß
auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.
Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den einbezogenen
Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegs-
anleihezinßen in voller Höhe Sorge zu tragen.“

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegs-
anleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur
Bezahlung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete
fogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit
finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.
Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne
des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen
zum großen Teil wenig bemittelte deutscher Reichsangehöriger, sie bildet
den Grundstock des Vermögens ungezahlter Sparasseln, Genossenschaften,
wohlthätiger Stiftungen, die unseren Ärmsten dienen. Und weil das der
Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch
gesetzliche Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsentrages zu rühren.“

Die Parteiführer des Reichstages

erklärten ihre volle Hebereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein
muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegs-
anleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren
soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens bürgt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten
Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden.

